Die Gemeindevertretung Harrislee hat am 14. Juli 2016 folgende Stellungnahme bezüglich der Nutzung der Deponie Balzersen für Abfälle aus atomaren Anlagen beschlossen, welche am 27. September 2018 bekräftigt und aktualisiert wurde:
(Diese Neuerungen/Ergänzungen sind *kursiv* dargestellt)

- Die Gemeinde Harrislee ist dem Land Schleswig-Holstein, insbesondere dem *Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND)*, für das offene und transparente Verfahren bei der künftigen Entsorgung von Abfällen aus stillgelegten atomaren Anlagen, soweit sie auf Deponien in den Klassen I und II gelagert werden könnten, dankbar. Seitens des Ministeriums *wurde* eine Vereinbarung mit den Gemeinden - vertreten durch die kommunalen Spitzenverbände - sowie mit anderen Akteuren, wie beispielsweise Umweltverbänden, angestrebt. Beabsichtigt *war*, diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung mit der Bürgerschaft zu teilen, wie es Herr Minister Dr. Habeck am 28. Juni 2016 bei der Informationsveranstaltung in der Harrisleer Holmberg-Halle genannt hat.

- Die Unterzeichner sind *weiterhin* überzeugt, dass Verantwortung nicht geringer wird, wenn man sie teilt. Der ordnungsgemäße und rechtmäßige Umgang mit zu deponierenden Stoffen aus atomaren Anlagen ist nicht im Aufgaben- und Verantwortungsbereich einer Gemeinde verortet. Daher *konnten* sich die zu positionierenden Gemeindeorgane einer über 20 Jahre bindenden Vereinbarung (sogenanntes „Agreement") nicht anschließen.

- *Im anschließenden Verfahren wurde durch das MELUND eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der weder die Deponiestandorte direkt, noch aufgrund der geographischen Nähe, dänische Behörden eingebunden waren. Auch örtliche Bürgerinitiativen waren nicht von Anfang an zugelassen. Durch den Abschlussbericht vom Juni 2018, der keinen Konsens darstellt, wird weiterhin eine Entsorgung freigemessener Abfälle auf vorhandenen Deponien eingefordert. Der Bericht enthält keine Gewichtung von Vor- und Nachteilen der Entsorgungsvarianten und keine Willenserklärung der direkt betroffenen Gemeinden, wozu auch Apenrade zählt.*

- Die Entsorgung von Abfällen aus atomaren Anlagen unterliegt *immer noch* einer dauerhaft kontroversen Diskussion innerhalb der Gesellschaft, untermauert von diversen gutachterlichen Stellungnahmen. Es ist weder Aufgabe noch Kernkompetenz einer Gemeinde, diesen Diskurs mit einer inhaltlich und rechtlich belastbaren Vereinbarung *oder (stillschweigenden) Zustimmung* zu beenden.

- Die Entscheidungsträger für diese Gemeinde maßen sich im Übrigen eine Beurteilung von Risiken, die von sogenannten freigemessenen Materialen nach dem 10-Mikrosievert-Konzept bei Transport und Deponierung ausgehen, nicht an. Sie stellen das Wohl der Gemeinde in den Mittelpunkt und können zumindest mittelbare negative Folgen durch einen Imageschaden für die Gemeinde Harrislee *schon aufgrund vielfältiger Proteste* nicht ausschließen. In dieser Hinsicht sind insbesondere Einflüsse auf den Tourismus und die „gefühlte" Lebens- oder Wohnqualität der Bürgerinnen und Bürger zu befürchten. Diese Risiken gilt es zu vermeiden.

...

- Eine Lagerung von freigemessenen Abfällen aus atomaren Anlagen direkt an der Grenze zur dänischen Kommune Apenrade *würde* das gute nachbarschaftliche Verhältnis zum Ausland gefährden. Diese Gefahr ist nicht nur in politischer Hinsicht zu verhindern.

- Nach alledem findet eine *etwaige* Deponierung von freigemessenen Abfällen aus atomaren Anlagen nach dem 10-Mikrosievert-Konzept der Strahlenschutzverordnung *in Harrislee* keine Zustimmung.

Harrislee, 14. Juli 2016

Seinerzeit gezeichnet:
Martin Ellermann
Bürgermeister

Seinerzeit gezeichnet:
Für die Gemeindevertretung:
Karl H. Rathje
Bürgervorsteher

Harrislee, 27. September 2018

Martin Ellermann
Bürgermeister

Für die Gemeindevertretung:
Heinz Petersen
Bürgervorsteher